

Treffen mit Bahnchef Dr. Rüdiger Grube

Am 27. August 2014 traf sich der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, zu einem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube. Beteiligt am Gespräch war die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Staatssekretärin Iris Gleicke.

Bahnchef Grube betonte in einem einleitenden Statement, dass die Deutsche Bahn ein großes Interesse daran hat, die Gefängnisarbeit für die Deutschen Reichsbahn von politischen Häftlingen der DDR aufzuarbeiten. Die Tatsache, dass die Deutsche Bahn AG nicht Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn sei, spiele da keine Rolle. Die Bahn hat inzwischen ein eigenes Forschungsprojekt auf den Weg gebracht, um das Ausmaß der Zwangsarbeit und die Arbeitsbedingungen für die Deutschen Reichsbahn in der DDR zu untersuchen. Die Ergebnisse sollen Ende des nächsten Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die UOKG wird das Projekt nicht selbst leiten, aber beratend zur Seite stehen.

Rainer Wagner wies auf die historischen Zusammenhänge zwischen Deutscher Reichsbahn der DDR und der Deutschen Bahn hin und forderte die Bahn auf, sich bei den DDR-Häftlingen für die Zwangsarbeit zu entschuldigen. Dr. Rüdiger Grube betonte, um das Unrecht beim Namen zu nennen, müssten sicherlich die Ergebnisse der Untersuchung zur Bahn nicht erst abgewartet werden. Es sei offensichtlich, dass Unrecht geschehen sei.

Zu keinem abschließenden Ergebnis kam die Diskussion über Entschädigungen der Zwangsarbeiter. Iris Gleicke äußerte die Sorge, dass es zu neuen Ungerechtigkeiten komme, wenn etwa politische Häftlinge, die Zwangsarbeit leisteten, besser entschädigt würden, als Häftlinge, die ohne Arbeit in Einzelhaft gelitten hätten. Generell seien vor dem Hintergrund der bereits existierenden Rehabilitierungs- und Entschädigungsregelungen für in der DDR politisch Inhaftierte, vor allem nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehag), weitergehende bzw. zusätzliche Regelungen für einzelne Opfergruppen, die letztlich einer systemischen Ungleichbehandlung Vorschub leisten würden, nicht zielführend und deshalb abzulehnen. Rainer Wagner schlug vor, auch unkonventionelle Ideen mit zu bedenken. Rainer Wagner lud die Bahn und die Staatssekretärin ein, sich an dem Runden Tisch DDR-Zwangsarbeit zu beteiligen. Eine Lösung der anstehenden Fragen sei nur möglich, wenn sich Vertreter der Opferverbände, der Wirtschaft und der Politik auf Augenhöhe begegneten. Iris Gleicke betonte, dass sie auch weiterhin die zeithistorische Aufarbeitung des Themas Zwangsarbeit gemeinsam mit der UOKG nach Kräften unterstützt. Einem Runden Tisch, dessen Zielrichtung in einer Neuregelung von Entschädigungszahlungen bestehen soll, könne sie sich aus den oben genannten Gründen jedoch nicht anschließen.

Rüdiger Grube als Gastgeber dankte für das offene Gespräch, das auch mögliche Konflikte zwischen den Opferverbänden und der Bahn thematisiert hätte und kündigte eine weitere Erklärung der Bahn an.